

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtauschrift: Nachrichten Dresden.  
Telegrapher-Sammelnummer 25 241.  
Kur für Nachgelehrte: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1924 bei täglich wechselnder Zulassung frei. Haushalt 1,50 Goldmark.  
Postbezugspreis für Monat Juli 1,00 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Die Ausgaben werden nach Goldmark berechnet; die einzige 30 mm breite  
Zeile 10 Pf., für auswärts 15 Pf., Familienzeile 15 mm Breite 10 Pf.,  
Haushalt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Zeile 150 Pf.,  
außerhalb 200 Pf., Offerungsblatt 10 Pf., Kürzel. Wulfräge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Liepisch & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufgenommen.

## Der französisch-belgische Ruhrräumungsplan

Wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt, soll die Räumung in zwei Jahren erfolgen.  
An der belarabischen Grenze ist starke russische Artillerie zusammengezogen worden. — Die Sowjethandelsvertretung wieder eröffnet.

### Staffelweise Ruhrräumung.

**Die Unterbringung der Industriebonds als Maßstab für die Ruhrräumung.**

(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)

London, 31. Juli. Das französisch-belgische Memorandum über die Stellungnahme zur militärischen Räumung der Ruhr ist ein umfangreiches Dokument von vier Schreibmaschinenseiten in A4-Format. Es wird heute in den Besprechungen durch den Rat der großen Sieben besprochen. Der wesentliche Teil des Memorandums sieht wieder eine

Jugend-Ruhrräumung der Ruhr vor, und zwar in folgender Weise:

Wenn alle Bedingungen für die Emission der Anleihe von 800 Millionen Goldmark erfüllt seien, solle eine Verlängerung der Räumungszone vorgenommen werden. Hierauf werde in drei Staffeln die Räumung erfolgen, und zwar je nachdem je ein Drittel in Höhe von zwei Milliarden deutscher Obligationen untergebracht sei. Nachdem dieses Ergebnis erzielt sei, würden die französisch-belgischen Truppen das Ruhrgebiet vollständig räumen. Wenn der Finanzmarkt jedoch nicht so rasch die deutschen Obligationen aufnehmen könne, dann werde unter allen Umständen, wenn die deutsche Regierung die Bedingungen des Dawes-Planes erfüllt habe, die Räumung im August 1926 vollzogen werden. Nach Auffassung der Franzosen und Belgier müssten die britischen Truppen auch nach dem 10. Januar 1925 in der Kölnener Zone verbleiben, sei es auch mit verengterer Truppenstärke, und zwar bis zum Augenblick der vollkommenen Räumung des Ruhrgebietes durch die französischen und belgischen Truppen.

„Daily Telegraph“ führt eine Meldung seines französischen Korrespondenten an, hinter der man Berlin vermutet. In ihr wird die Auffassung gemacht, Herrschaft habe bei der Überweisung des französisch-belgischen Memorandums gesagt,

der französische Vorschlag könne nur angenommen oder abgelehnt werden.

Die französische Delegation könnte eine Hinzufügung oder Abänderung nicht annehmen. Aus dem französischen Vorschlag ergeben sich Schwierigkeiten über die Räumung des Kölnener Brückenkopfes. Man ist aber auf französischer Seite der Meinung, daß diese Frage nicht unüberbrückbar sein werde. Die Belebung möchte mindestens zwei Jahre länger in Köln bleiben. Man hält aber eine Rendierung des Friedensvertrages für möglich, da der Versäller Vertrag die Räumung von Köln und Koblenz als eine besondere Verantwortung für Deutschland bezeichnet und infolgedessen die Räumung nach fünf Jahren nicht notwendig sei, da sie von der Erfüllung der Vertragsverpflichtungen abhängig sei (1). Obwohl der französische Kompromißvorschlag grundsätzlich unbewohnt ist, sind die Akten über seinen endgültigen Inhalt noch nicht abgeschlossen. Er wird zwar als ein unveränderliches Ganzes bezeichnet, das nur abgelehnt oder angenommen werden kann, er wird aber sicherlich, um eine französische Wendung zu gebrauchen, „ergänzt“ werden müssen.

### Deutschland kann das Ruhrgebiet loskaufen.

London, 31. Juli. Was den neuen französisch-belgischen Plan betrifft, der Termine der militärischen Räumung angeht, so haben die Franzosen und Belgier nur das kleine Zugeständnis gemacht, daß die Frist, in der die Räumung auch dann zu erfolgen hat, wenn es Deutschland nicht gelingt, die Eisenbahnbonds flüssig zu machen und die

längstens zwei Jahre dauern sollen, schon am 15. August 1924 zu laufen beginnt. Die Räumung der ersten, der Aachen-Zone soll dagegen erst am 25. Oktober 1924 erfolgen.

Um übrigens die Zonen von Dortmund und Voerde und Elsen in die Reihe der Räumungen geräumt werden, sobald es Deutschland gelingt, jeweils eine halbe Milliarde Goldmark an Eisenbahnbonds oder Industriebonds, sei es auf dem Altenheimerweg flüssig zu machen, sei es aus laufenden Einnahmen, vom Generalagenten für die Reparationen zuzüglich zu kaufen.

Nach einer zweiten Möglichkeit, die nach Ansicht der Sachverständigen auch in Frage kommen dürfte, würde eine beschleunigte Räumung des Ruhrgebietes auch schließlich von der Möglichkeit abhängen, den Beitrag von 1 bis 2 Milliarden Goldmark an Eisenbahnbonds oder Industriebonds binnen einer kürzeren Frist als zwei Jahre, gerechnet vom 15. August 1924, an den Weltbörsen aus Rechnung aufzulegen. Belgien und Italien sollen beachachtet, vorschlagen, daß Sachverständigen, die Deutschland während der zweijährigen Frist leisten, auf den Beitrag von 1½ Milliarden Goldmark in Aussicht gebracht werden können. In englischen Kreisen nimmt man an, daß Deutschlands Abhandlungsvorschläge im Verlaufe der Londoner Verhandlungen in erster Linie mit der Anrechnung der Sachverständigen und mit der Einbeziehung der Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in den französischen und belgischen Planen beschränkt werden, da die französischen und belgischen Sachverständigen eine Bestrafung der Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in ihren Vorschlägen nicht vorgesehen haben.

### Französisch-belgische Verhandlungen mit Deutschland.

#### Ein Besuch der Delegationsführer.

Berlin, 31. Juli. Der neue französisch-belgische Plan ist gestern abend in London von den Delegationsführern beraten worden.

Es wurde beschlossen, zunächst zu versuchen, über die Frage in unmittelbare Verhandlungen der französischen und belgischen Regierung mit der deutschen Regierung ein Uebereinkommen herbeizuführen.

Für Deutschland steht bei diesem Plan die Unmöglichkeit im Vordergrund, die Termine der Räumung von der Genehmigung der Weltbörsen, die deutschen Obligationen zeichnen, abhängig zu machen. Das ist schon deswegen unmöglich, weil im gegebenen Augenblick jede französische Stimmungsmache das internationale Kapital abschrecken würde, die deutschen Börsen zu erwerben. Es würde das praktisch nichts bedeuten, daß tatsächlich Deutschland vor zwei Jahren der Besetzung des Ruhrgebietes ausgesetzt wäre,

nachdem es von sich aus alles getan hätte, um den Dawes-Plan durchzuführen, der ihn vor allen die Wiedererlangung seiner Souveränitätsrechte hätte bringen sollen, ja es verbürgt hat. Schon der englische Vorschlag, der die Räumung binnen sechs Monaten nach der wirtschaftlichen Räumung vorzieht, war kaum noch zu Rechtlosigkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu rechtfertigen. Eine Zeitdauer der Besetzung durch zwei Jahre hätte keinerlei moralische, wirtschaftliche oder auch nur politische Begründung. Sie wäre lediglich ein Entgegenkommen für die imperialistische Opposition Herrschers, die überhaupt das Ruhrgebiet nicht räumen will, und in dem langen Zeitraum auf Zwischenfälle hofft, die ihm die Wiederaufnahme ihrer nie fallengelassenen Pläne erlaubt. Keine deutsche Regierung kann sich deren mitschuldig machen.

### Die französische Sanktionsformel.

#### Die Franzosen durchbrechen den Dawesbericht.

London, 31. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der französischen Formel über die schiedsrichterliche Entscheidung: Die 1. Kommission wird nun mit dem ersten Teil der Formel über eine Einigkeit innerhalb des Appels und des Damessausschusses bezüglich der Frist eines Vertrags befasst. Die dritte Kommission wird die beiden anderen Teile der Formel behandeln, nämlich einen Vertrag Deutschlands in Sachverständigen und einen Vertrag in Transfer-Fristen. In erster Linie befaßt die französische Formel, daß, wenn die New York einstimmig ihres amerikanischen ad hoc-Mitgliedes keine Einigung über einen angeblich deutschen Vertrag erreicht, sie ein Schiedsgericht von drei Personen ernennen soll, von denen einer ein Amerikaner ist, während die beiden anderen die Aufsicht über die Mehrheit bzw. der Minorität vertreten sollen. Wenn die Kommission hinsichtlich der Wahl des Schiedsgerichts zu keiner Einigung gelangt, so sollen leichtere durch den Präsidenten des Weltgerichtsgerichtshofs im Haag ernannt werden.

Erneut schlägt die französische Formel die

Einrichtung eines neuen Systems von Sachverständigen durch Deutschland über die Zeit von 1930 hinaus vor, die eine von der deutschen Regierung einzuhaltende Verpflichtung betreffend Sicherheit der vünftlichen Leistungen der deutschen Industrien ohne unterschiedliche Bevölkerung der

### Landwirtschaft und Industrie.

Von O. Heller,  
Direktor des Sächs. Landbundes.

Der Kampf um die landwirtschaftlichen Schätzgölde hat die Aufmerksamkeit weiter Kreise wieder einmal auf die Lage der Landwirtschaft gelenkt. Betrachtet man die Stellungnahme zu dieser Frage in den Blättern der verschiedenen Parteirichtungen, so kann man sich nicht des Eindrucks erweichen, daß das Sonderinteresse einzelner Berufsstände, noch mehr aber die Parteiangehörigkeit ausschlaggebend ist bei einer Frage, die nur im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft behandelt werden darf. Vor allen Dingen tritt immer wieder das Argument auf, daß durch die landwirtschaftlichen Schätzgölde das Brot verteuert würde, infogedessen müsse die Industrie höhere Preise zahlen, ihre Produkte müßten teurer werden und fänden keine Käufer mehr, ferner, es wird der Eindruck hervorgerufen, als ob die Belange der Landwirtschaft entgegengesetzt wären den Belangen der Industrie. Dies ist jedoch in keiner Weise der Fall. Die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie sind aufs engste miteinander verbunden. Erlebt ein Staat eine Blütezeit seiner Industrie, so wird auch die Landwirtschaft ihren Nutzen davon haben und umgekehrt.

Es ist fast ein Schlagwort geworden, daß Deutschland im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts die Umnutzung vom Agrarstaat zum Industriestaat durchgemacht habe, daß also die Landwirtschaft zu einem Teile des Wohlgegenen herabgesunken wäre, der für das ganze Wirtschaftssystem nur von nebengeordneter Bedeutung sei. Gewiß, die Aufnahmefähigkeit in den landwirtschaftlichen Betrieben an Menschen ist nur beschränkt. Ein großer Teil der Menschen, die auf dem Lande geboren werden und deren Eltern Bauern sind, müssen andere Berufe ergreifen, der väterliche Besitz kann nur eine beschränkte Anzahl Arbeitskräfte ernähren. Trotzdem aber zählte die Landwirtschaft im Jahre vor dem Kriege noch etwa 17 Millionen Berufssänger.

Nach der leichten Berufszählung in Deutschland im Jahre 1907 kamen an 100 Erwerbstätige 32 auf die Landwirtschaft und 37,2 auf die Industrie und den Bergbau. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß unter den Berufssängern die verschiedenen Berufe gezählt werden. Der Wert der landwirtschaftlichen Produkte, die vor dem Kriege in Deutschland erzeugt wurden, betrug im Jahre 1913 über 13 Milliarden Mark. Dabei handelt es sich bei dieser Zahl um den Preis, den der Landwirt als Erzeuger erhält, nicht um den Preis, den die Konsumanten leichten Endes dafür bezahlen müssten. Die landwirtschaftliche Bevölkerung war dadurch der laufkräftigste Stand der ganzen Volkswirtschaft geworden. Sie war vor allen Dingen auch die Käuferin der Produkte unserer Industrie. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß unsere Industrie den größten Teil ihrer Ware im Auslande absetzt. Dies ist jedoch nicht der Fall. Das drei Viertel familiärer Industrieprodukte wurde im Lande verkauft und dort wiederum war die Landwirtschaft an der Spize der Abnehmer. Diese wechselnden Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft sind für beide Berufszweige sehr von Nutzen gewesen. Die Ansicht, die Friedrich List schon ausgesprochen, daß man in seinem Lande vollkommenere landwirtschaftliche Maschinen und Gerätschaften finden würde, daß nirgends der Ackerbau mit so viel Verstand betrieben würde, als in den Ländern, in denen die Industrie blüht, ist heute noch auftretend. So hat Landwirtschaft und Industrie von einander gleich großen Nutzen, ihre Schicksale sind abhängig voneinander.

Ganz besonders tritt dies naturgemäß in Erhebung in der Zeitzeit, in der wir mit Verhältnissen reden müssen, die von der Vorfriekasse ganz verschieden geworden sind. Landwirtschaft und Industrie sind verkümmelt. Ein großer Teil der Absatzgebiete im Auslande sind für die Industrie unbedingbar verloren. Unsere Deiche haben sich den Krieg anstrengt gemacht, die deutschen Absatzgebiete zu erobern und durch Beziehungen unserer Kolonien und lebenswichtigen Teile des Deutschen Reiches von den Rohstoffen abzuschließen. Selbst wenn es der anerkannt ratschesten Taktik unseres Industrie alten sollte, einen Teil der verlorenen Absatzgebiete wieder zu gewinnen, so werden darüber Jahre vergehen. In diesen Jahren wird die Industrie mehr als bisher auf den Absatz im eigenen Lande angewiesen sein. Was soll nun aus der Industrie werden, wenn die Landwirtschaft als Käufer vollkommen ausfällt? Und das ist heute der Fall. Verfolgen wir die Veröffentlichungen der Königsberger in den Zeitungen, so fällt es ganz besonders auf, daß die Industrie in Österreich stark daran beteiligt ist: also in dem Teile unseres Vaterlandes, der noch heute zum überwiegenden Teile landwirtschaftlich eingestellt ist. Die Sozialdemokraten verhindern es in jeder Versammlung, in jeder ihrer Zeitungen, daß die Not der Landwirtschaft durchaus nicht so groß sei, wie es immer darstellt würde. Wir empfehlen diesen Blättern, sich einmal bei den Gütermittelfabriken zu erkundigen, wie es dort mit dem Absatz steht. Trotz verhinderter günstiger Zahlungsbedingungen ist die breite Masse der Landwirtschaft heute nicht in der Lage, fünftausend Tücher zu kaufen. Die Folgen davon wird die gesamte Bevölkerung in allerhöchster Zeit spüren. Vor allen Dingen wird es aber der Industriearbeiter merken, wenn die mangelnde Kaufkraft des Bauern anfangen sollte, drastisch zu werden. Der größte Teil unserer Fabriken müßte schließen und der Arbeiter würde dann erzwungen sein, für das Land, das in Deutschland infolge der schwäbischen Landwirtschaft nicht mehr angebaut werden kann, die Preise zu bezahlen, die das Ausland für gut befindet. Dann wird

Alliierten vorliegt. Falls eine der empfahlenden Mächte sich benachteiligt fühlt, könnte die Republik durch einstimmigen Besluß und in Übereinstimmung mit der deutschen Regierung eine andere entscheidende Kommission ernennen, die aus drei Mitgliedern, unter denen sich wiederum ein Amerikaner befindet, bestehen soll. An dritter Stelle erhält jede einzelne Macht, die sich in der Angelegenheit der Verhandlungen vom Transfer-Ausschuß unfair behandelt glaubt, das Recht, ein ähnliches schiedsgerichtliches Verfahren zu veranlassen. Es muß betont werden, daß das in der französischen Formel vorgeschlagene Verfahren dem Sachverständigenplan widerspricht. Eine Schwäche der Unabhängigkeit des Transfer-Ausschusses würde allzu gefährlich sein. Der Vorschlag der Franzosen läuft darauf hinaus, daß sie einen Tauschhandel vorstellen. Sie möchten England und den Bankiers in der Sache des Vertrages ein Zusagen und wollten sich das Recht der Reratung und der Auflösung des Schiedsgerichts in den Angelegenheiten, die ihre eigenen vitalen Interessen betreffen, vorbehalten.

### Französische Furcht vor Deutschlands Wirtschaftskraft.

Paris, 31. Juli. Am Ende der gestrigen Kammerabstimmung hat der Reaktionär Abg. Le Moine eine Anfrage über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gestellt, die dahin geht, ob Vorbereitungen getroffen seien, daß Frankreich gegen eine Überschwemmung mit deutschen Waren gewappnet sei, wenn Deutschland im Januar 1925 die Zollfreiheit wieder gewinne.